

Haushaltsrede 2010 DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Dorsten

Reinhild Reska

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

DIE LINKE. Fraktion wird, wie bereits angekündigt, diesen Haushalt und auch dazu das Haushaltssicherungskonzept ablehnen. Selbst auf die Gefahr hin, hier als „Neinsagerpartei“ dazustehen, sagen wir **NEIN** zu einem Beschluss, der den Bürgerinteressen diametral entgegensteht. **NEIN**, weil wir uns konsequent für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt einsetzen wollen.

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf soll heute zugleich ein Haushaltssicherungskonzept verabschiedet werden, dessen Inhalt eine Zumutung und dessen Name eine Täuschung ist: Dieses Konzept wird den Haushalt nicht sichern können.

Denn was auch immer heute beschlossen wird - eine Haushaltskonsolidierung wird damit nicht erreicht.

Dorstens finanzielle Lage ist desolat. Für dieses Jahr steht uns voraussichtlich ein Fehlbedarf von 38 Mio Euro ins Haus, der sich im nächsten Jahr noch erhöhen wird. Die kommunalen Einnahmen decken die Ausgaben bei weitem nicht! Von Bund und Land werden den Kommunen immer mehr Aufgaben aufgebürdet, ohne sie aber dafür ausreichend finanziell auszustatten. Das Konnexitätsprinzip wird dabei systematisch verletzt. Das von FDP und CDU beschlossene „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ kommt da noch erschwerend hinzu. Noch weniger Einnahmen im städtischen Haushalt führen zu noch mehr Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich!! – Operation gelungen-Patient tot! Kurzum: Die Finanzmisere wird auf dem Rücken und auf Kosten der Bürger ausgetragen.

Der Artikel 28 des GG sichert den Gemeinden zwar finanzielle Eigenverantwortung zu. Doch wo bleibt die Autonomie, wenn die Kommunalaufsicht die Städte zu Sparmaßnahmen zwingt, obwohl doch offensichtlich ist, dass die desolante Situation durch die strukturelle Unterfinanzierung erst entstanden ist. Aus ihrer finanziellen Notlage kommen die Gemeinden nicht mit eigener Kraft heraus.

Da sind alle sogenannten Haushaltssicherungskonzepte nichts als Makulatur.

Die Bezirksregierung aber erpresst die Kommunen mit der Androhung, dass sonst keine Teilnahme an Projekten möglich ist und die Städte von Fördermitteln ausgeschlossen werden.

Der Kämmerer, wahrscheinlich nicht nur in Dorsten, versucht den Druck nach unten weiterzugeben. – Beim Blick in das vorliegende Haushaltssicherungskonzept wird einem klar, wohin die Reise gehen soll:

Danach sollen die Gewerbe-, Grund- und Hundesteuern, Eintrittspreise für Konzerte und Theaterbesuche und diverse Gebühren erhöht werden. Skandalös finden wir die ebenfalls auf der Liste stehende Erhöhung der Elternbeiträge für Kindergarten und Ganztagschule. Das steht in krassem Widerspruch zu unserer Forderung nach kostenfreier Bildung von der KiTa bis zur Universität. Zu spüren bekommen diese Maßnahmen in besonderer Weise Menschen mit geringem Einkommen. Der geplante Personalabbau im Bereich Bildung, Kultur und Bürgerbüro ist für uns unakzeptabel. Bildung und Bildungsgerechtigkeit sind wohlfeile Schlagwörter in den vergangenen Jahren gewesen. Trotzdem hat sich dies nicht ausgewirkt, indem z. B. im Zuge der demographischen Veränderung Klassengrößen nicht durch die Landesgesetzgebung angepasst wurden. Veränderte pädagogische Konzepte sind zwar möglich, wo ein starker Wille im Lehrerkollegium dazu da ist, werden durch die bestehenden Strukturen aber nicht gefördert. Auch heute noch sind Klassen mit 28, 29 oder 30 Schülern weit verbreitet. Dies wird durch die Schließung von Schulstandorten nicht besser.

Die Stadt verscherbelt zusehends ihr Tafelsilber, Grundstücke an Investoren, sogar Wälder werden nun ins Sortiment aufgenommen. Da fragen wir uns: Warum nicht verpachten und es im Besitz der Kommune belassen?! Wenn dem Trend der Privatisierung nichts entgegengesetzt wird, dann haben wir in der Tat bald gar nichts mehr zu beschließen. Unter dem Motto „Privat vor Staat“ sind in der Vergangenheit schon viele Bereiche aus der kommunalen Verantwortung entlassen worden. Ein Beispiel dafür, dass städtische Dienstleistungen, die bereits outgesourced wurden, nicht unbedingt billiger und besser sind: Schauen wir uns doch bitte mal die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung bei privaten Reinigungsfirmen an. Die städtischen Reinigerinnen leisteten gute Arbeit, hatten gute Arbeitsbedingungen und einen Lohn, von dem sie leben konnten. Bei privaten Gebäudereinigungsbetrieben ist die Arbeitsbelastung höher, die Arbeiterinnen bekommen einen Lohn, der zum Leben nicht reicht. Alleinstehende müssen bei der Vestischen Arbeit Aufstockung

beantragen. Das nenne ich Subventionierung von privaten Unternehmen.

Solche Entscheidungen sind, wenn überhaupt, nur schwer rückgängig zu machen. Von getroffenen Fehlentscheidungen haben wir hier in der jüngsten Vergangenheit gerade genug: Ich denke nur an das Atlantis....

Die Privatisierung des Krankentransportdienstes ist für uns daher völlig inakzeptabel.

Aber auch wenn Sie das Alles heute beschließen, bzw. zur Prüfung freigeben, rettet es uns nicht. Was werden Sie im nächsten Jahr beschließen, wenn die finanzielle Notlage keinen Deut besser ist? Werden Sie dann wieder den Eintrittspreis fürs Spaßbad erhöhen, die VHS privatisieren oder die Zuschüsse im Sportbereich komplett streichen?

Dieser Haushalt versucht, heute mit Ach und Krach über die Runden zu kommen. Wir hören seit Monaten gebetsmühlenartig: „Wir brauchen diesen Sparhaushalt, sonst droht die Kommunalaufsicht, dann können wir im Rat nichts mehr entscheiden“. Was bitte können wir denn jetzt noch entscheiden, wenn wir im vorauseilenden Gehorsam versuchen, den Sparzwängen einer Kommunalaufsicht quasi „ante mortem“ entgegenzukommen, indem wir ein möglichst großes Sparpaket selbst beschließen? Was bitte können wir heute noch selbst entscheiden, wenn wir nur noch auf das schielen, was es einzusparen gilt? Was bitte können wir heute noch entscheiden, wenn wir keinerlei positive Forderungen mehr stellen zu einer Entwicklung unserer Stadt für die Bürgerinnen und Bürger?

Ein Haushaltssicherungskonzept verlangt von der Gemeinde, sich von ihren sogenannten freiwilligen Leistungen zu verabschieden und nur noch die gesetzlichen Pflichtaufgaben zu erfüllen. Mal abgesehen davon, dass auch Letzteres immer weniger finanzierbar ist, betreffen die freiwilligen Leistungen insbesondere die Bereiche Soziales und Kultur, darunter die Förderung von Vereinen und Initiativen.

Aufgabenbereiche also, die wir zu den Kernbereichen einer lebenswerten Stadt zählen. Kurzfristige Kürzungen oder gar ein sozialer Kahlschlag sind schnell vollzogen, die Auswirkungen für die Dorstener Bürgerinnen und Bürger durch die Mittelkürzungen für Musikschule und Stadteilbibliothek Wulfen. sind nicht absehbar.

Aber wollen wir in einer Stadt leben, in der das gesellschaftliche Miteinander immer weiter auseinanderdriftet. Nur Reiche können sich eine arme Kommune leisten. Für den Ottonormalverbraucher und

insbesondere für die Armen und Schwachen unter uns ist die öffentliche Daseinsfürsorge existenziell. Dazu müssen die Bedürfnisse der Menschen nach Ausbildung, Gesundheitswesen und Erholung realisiert sein. Das Wohlergehen hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie eine gerechte soziale und räumliche Verteilung und die Schonung von Umweltressourcen gelingen.

Bei der Verwaltung sind in den letzten Jahren immer mehr Stellen „weggefallen“. Zwar standen (noch) keine betriebsbedingten Kündigungen an, aber wenn jemand in Rente ging, wurde die Stelle nicht neu besetzt. Von Höhergruppierungen mal ganz zu schweigen. Heute sind wir in der Situation, dass Arbeiten teilweise nicht fristgerecht erledigt werden können, weil nicht ausreichend Personal zur Verfügung steht. Die städtischen Beschäftigten klagen über Arbeitsverdichtung. Das hat nicht nur zur Folge, dass die Motivation sinkt, sondern auch krank macht. Wir sind der Meinung, dass dem öffentlichen Sektor als Arbeitgeber eine besondere gesellschaftliche Verantwortung zukommt. Öffentliche Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse müssen ausgebaut, nicht eingespart werden. Darüber hinaus brauchen wir zusätzliche öffentliche Beschäftigungsinitiativen, um Arbeit - und nicht weiter Arbeitslosigkeit - zu finanzieren. Neben den bereits jetzt möglichen Aktivitäten im Rahmen der JOB-Perspektive und der Förderung gem. § 16 e SGB II müssen wir weitere Maßnahmen einleiten, um Arbeitslosen eine Perspektive zu geben und Umsatz zu schaffen.

Den Bürgerinnen und Bürgern wird erzählt, dieser Rat hätte keine Alternative zur freiwilligen Selbstkasteiung in Form dieses Haushaltes. Für soziale Wohltaten sei kein Geld da.

Warum denn nur ein Hilfspaket für Banken und nicht für Kommunen?

DIE LINKE fordert einen Rettungsschirm für hochverschuldete Gemeinden und eine Gemeindefinanzreform. Nur so kann die Handlungsfähigkeit von Kommunen wiederhergestellt werden.

Stadtverordnete müssen ihren Pflichten nachkommen. Zu diesen Pflichten zählt selbstverständlich auch die Verabschiedung eines Haushaltes. Aber welches Gesetz zwingt uns dazu, einem Haushalt zuzustimmen, der nur eine Wahl zwischen „Pest und Cholera“ ist? Da üben wir lieber zivilen Ungehorsam und möchten ebenso die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen dazu ermuntern, dieses auch zu tun. Stimmen wir alle dagegen. Alternativ organisieren wir eine Sternfahrt aller betroffenen Kommunen nach Berlin und Düsseldorf, um den Verantwortlichen ordentlich auf die Füße zu treten. Im Übrigen

sitzen dort Abgeordnete Ihrer Parteien.
Mit dieser Form des geballten Widerstands hätten Städte vielleicht noch eine Chance.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.